

Die Ochsentour

Ist die Voraussetzung für eine Parteikarriere

draußen!-Gespräch. Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim kritisiert die Macht der Parteien, fordert mehr direkte Demokratie und hält eine Reform des Wahlrechts für unerlässlich.

draußen!: Herr von Arnim, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie wählen?

Herr von Arnim: Aus alter Gewohnheit, ja.

draußen!: Sie halten das politische System Deutschlands für gescheitert – Ihr Vorwurf: Die Parteien hätten sich ihren eigenen Staat geschaffen und entmachten die Bürger.

Herr von Arnim: Gescheitert ist zu viel gesagt. Wir klagen auf hohem Niveau. Aber die Ansicht, die Politiker entscheiden über die Köpfe der Bürger hinweg, ist weit verbreitet und trifft den Kern. Auf Bundesebene besteht seit langem keine Möglichkeit der direkten Demokratie. Uns allen bleibt nur der Gang zur Wahlkabine, alle vier Jahre. Das Wahlrecht aber ist weitgehend entwertet, und das beklagen viele Bürger – so auch ich.

draußen!: Sie können Regierungen abwählen und neue Parteien in den Bundestag wählen.

Herr von Arnim: Die Parteien in der Mitte sind inhaltlich immer mehr zusammengerückt. Sie lassen offen, mit wem sie koalieren. Das ist ein großes Problem. Der Wähler möchte vor der Wahl wissen, was mit seiner Stimme geschieht, schließlich vergibt er jene aus guten Gründen: er will, dass die Partei das umsetzt, was sie im Wahlprogramm ankündigt, ja wofür sie steht. Tritt dieselbe Partei allerdings nach der Wahl als Juniorpartner in eine Koalition ein, besteht für sie keinerlei Chance mehr, ihre Kernpunkte umzusetzen. Der Wähler hat mit seiner Stimme

also eine Regierung ermöglicht, die womöglich das Gegenteil dessen tut, was er will.

draußen!: Koalitionen bedeuten seit jeher Kompromisse, sind die nicht notwendig in einer Demokratie?

Herr von Arnim: Wenn eine Koalition erst nach der Wahl und hinter dem Rücken der Wähler ausgekugelt wird, verliert der Wähler an Einfluss, und eigentlich abgewählte Parteien können sich mit neuem Koalitionspartner vielleicht doch an der Regierung halten. Sehr demokratisch ist das nicht. Früher, als es noch Lagerwahlkämpfe gab, wusste der Wähler vorher, welche Politikrichtung und –konstellation er mit seiner Stimme stützt.

draußen!: Würde jede Partei nur eine Koalition in Betracht ziehen, wäre eine Regierungsbildung äußerst schwierig. Es käme immer wieder zu Neuwahlen.

Herr von Arnim: Auch deshalb brauchen wir grundlegende Reformen. Ein gutes Beispiel für das beschriebene Koalitionsdilemma sind die Grünen, die bei der letzten Bundestagswahl auf 8,4 Prozent kamen. Angesichts der Tatsache, dass die Grünen bis vor Kurzem in elf Bundesländern mitregierten, konnten sie de facto alle Beschlüsse blockieren, bei denen der Bundesrat zustimmen muss. Denn wenn die Koalitionäre sich in den Ländern nicht einigen können, enthält die jeweilige Landesregierung sich im Bundesrat, was dort bekanntlich als Nein gilt.

draußen!: Seit Inkrafttreten der Föderalismusreform (2006) ging der Anteil der Bundesgesetze, die die Zustimmung des Bundesrates erfordern, von etwa 55 Prozent auf 39 Prozent zurück.

Herr von Arnim: Das beseitigt aber nicht das Problem, dass wichtige Gesetze der



großen Mehrheit von einer kleinen Partei blockiert werden können. Die Bürger spüren das, sie fühlen sich hintergangen.

draußen!: Laut Allensbach-Erhebungen ist die Mehrheit der Deutschen zufrieden mit der Demokratie in der Bundesrepublik und dem politischen System.

Herr von Arnim: Zwar ist die Mehrheit mit der Demokratie zufrieden, aber eben nicht damit, wie ebenjene zurzeit funktioniert. Die Zahl derer, die unzufrieden sind, ist ganz erheblich.

draußen!: Immer mehr Bürger – gerade junge – treten in Parteien ein. Wie passt das zu Ihrer These?

Herr von Arnim: Die Zahl der Mitglieder der Volksparteien hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nahezu halbiert. Diejenigen, die nicht austraten, sind im Schnitt ziemlich alt. Dass direkt nach der Ernennung Martin Schulz' zum Kanzlerkandidaten der SPD wieder mehr Bürger ein- als austraten, ist erfreulich. Der Schulz-Hype ist allerdings auch schon wieder vorbei, und schaut man den Mitgliederschwund der Vorjahre an, so

war der zwischenzeitliche Zustrom ein Tropfen auf den heißen Stein.

draußen!: Sie fordern mehr Bürgerbeteiligung auf Bundesebene. Wäre das düstere Bild, das Sie von der Politik zeichnen, plötzlich bunt, wenn es mehr direkte Demokratie gäbe?

Herr von Arnim: Partizipation ist doch ein zentraler Punkt bei der politischen Willensbildung in der Demokratie! Dass die Parteien an die Stelle der Bürger getreten sind, hat deren Politikverdrossenheit weiter gestärkt. Der Wähler hat das Gefühl, die Politik nehme ihn nicht ernst. Das wiederum nimmt die politische Klasse nicht ernst, sondern macht einfach weiter wie bisher. Diesen der Demokratie unwürdigen Zustand kann man nur dadurch aufbrechen, dass man den Bürgern verbesserte Partizipationsmöglichkeiten gibt.

draußen!: Und dann wäre alles gut?

Herr von Arnim: Wir sollten vor allem das Wahlrecht reformieren. Zurzeit entscheiden die Parteien, wer ins Parlament kommt. Der Bürger kann auf einer vorab festgelegten Liste lediglich die Partei ankreuzen, mehr nicht. Personen, die von der Partei nicht oder weiter hinten auf die Liste gesetzt werden, sind für ihn nicht wählbar. Das Verfahren steht im Übrigen im Widerspruch zum Grundgesetz. Darin steht nämlich, dass der Bürger die Abgeordneten in unmittelbarer Wahl wählt und nicht die Partei.

draußen!: Wie sähe Ihre Alternative aus?

Herr von Arnim: Weg mit den starren Listen! Wir brauchen Vorwahlen wie in den USA. Zudem sollten die Ministerpräsidenten direkt vom Volk gewählt werden. Das hätte viele Vorteile.

draußen!: Zum Beispiel?

Herr von Arnim: Koalitionen wären überflüssig. Der Bürger wüsste von vornherein, wen er wählt. Er müsste nicht befürchten, dass seine Stimme zu einer Koalition führt, die er ablehnt.

draußen!: Steht eine solche Personalisierung nicht im Widerspruch zu Ihrem Vorwurf, die „politische Klasse“ drehe sich nur um sich selbst?



Heyne Verlag, München 2017
ISBN 9783453201422
Gebunden, 448 Seiten, 21,99 EUR

Herr von Arnim: Nein. Mit politischer Klasse sind die Berufspolitiker gemeint, die über die Parteigrenzen hinweg ihren eigenen finanziellen und sonstigen Status selbst festlegen können. Der Wähler kann sie nicht zur Verantwortung ziehen, weil alle Parteien beteiligt sind und die Abgeordneten nicht individuell abgewählt werden können. Bei direkt gewählten Ministerpräsidenten wäre das anders.

draußen!: Gewöhnen die Parteien nicht eher Vertrauen zurück, wenn sie sich in den Wahlkämpfen an Sachthemen orientierten?

Das ist ein frommer Wunsch. Persönlichkeiten dominieren doch immer mehr, und gerade deshalb erscheinen mir Persönlichkeitswahlen sinnvoll – jedenfalls auf Landes- und Kommunalebene. Die Direktwahl des Ministerpräsidenten führte auch dazu, dass die Gewaltenteilung endlich wieder hergestellt würde. Die Mehrheit der Abgeordneten würde die Regierung nicht mehr um jeden Preis stützen. So würde auch die Freiheit des Mandats wieder hergestellt. Auch deshalb trete ich für ein Präsidialsystem auf Landesebene ein.

draußen!: Halten Sie das tatsächlich für realistisch?

Herr von Arnim: Aber ja. Mein Vorschlag hat – im Gegensatz zu anderen – den Charme, dass er auch durchgesetzt werden könnte, und zwar vorbei an den Parteien, Stichwort direkte Demokratie. Jene gibt es in den Bundesländern ja bereits eine Weile. Auch eine Verfassungsänderung wäre damit durchaus möglich. Ich rede übrigens nicht gegen eine Betonwand, sondern bin überzeugt, dass mein Vorschlag umgesetzt wird. Die Frage ist nur: wann.

draußen!: Was macht Sie da so zuversichtlich?

Herr von Arnim: Unter anderem die Tatsache, dass die Direktwahl der Bürgermeister, die es früher nur in Bayern und Baden-Württemberg gab, inzwischen auch in anderen Ländern durchgesetzt wurde – und zwar durch direkte Demokratie. In Hessen haben sich bei einem Volksentscheid 87 Prozent der Teilnehmer für die Einführung einer solchen Direktwahl ausgesprochen. In anderen Ländern, wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein reichte schon die Drohung, man wolle ein Volksbegehren initiieren. Auch für die Direktwahl des Ministerpräsidenten ist die große Mehrheit der Bevölkerung.

draußen!: Herr von Arnim, Sie schreiben in Ihrem Buch, es gebe einen Trend zum „vollbezahlten und überversorgten Berufspolitiker.“ Wie hoch sollte die Diät eines Bundestagsabgeordneten Ihrer Ansicht nach sein?

Herr von Arnim: Um die Höhe der Entschädigung aktiver Parlamentarier geht es in erster Linie. Und dass zum Beispiel die Altersversorgung von Landtagsabgeordneten in Rheinland-Pfalz pro Jahr achtmal so hoch ist wie die eines Durchschnittsrentners, macht die Überversorgung deutlich. Im Übrigen geht es mir vorrangig um das Verfahren. Ebenjenes sollte man schleunigst ändern. Ich halte es für nicht mehr zeitgemäß, dass die Abgeordneten in eigener Sache entscheiden. Das haben die Väter unserer Verfassungen so nicht vorgesehen. Jedem Richter, jedem Beamten, jedem Offiziellen ist derlei untersagt, er gälte als befangen. Und das zu Recht.

draußen!: Sie unterstellen also, dass die Abgeordneten das System ausnutzen.

Herr von Arnim: Das sind doch auch nur Menschen, die nicht zuletzt ihre Interessen im Blick haben. Ein aktuelles Beispiel: In Baden-Württemberg haben die Abgeordneten unmittelbar vor der Wahl des Bundespräsidenten ein „Blitzgesetz“ (u.a. Erhöhung der Kostenpauschalen und Mitarbeiterbudgets, Anm. d. Red.) beschlossen. Dabei ließen sie sämtliche Fristen, die in der Geschäftsordnung stehen, außer Acht. Und warum ging das so schnell? Weil darin Dinge stehen, die bei sorgfältiger Prüfung unhaltbar sind; das Gesetz ist schlicht verfassungswidrig. Und in Rheinland-Pfalz hat man kurz darauf ganz Ähnliches gemacht und Entschädigung und Altersversorgung in

vier Schritten um 17,5 Prozent erhöht.

draußen!: Welches Prozedere hielten Sie für sinnvoll?

Herr von Arnim: In der Schweiz stehen derartige Beschlüsse unter dem Vorbehalt eines Volksentscheides. Das ist sinnvoll. Man könnte es auch machen, wie es der US-Verfassungsvater James Madison vorschlug: Den geplanten Diäten-Beschluss vor der Wahl treffen und verkünden, sodass die Bürger die Möglichkeit haben, die Abgeordneten damit im Wahlkampf zu konfrontieren. Laut Verfassungsgericht ist ja bei Entscheidungen in eigener Sache die Öffentlichkeit die einzig wirksame Kontrolle. Die Abgeordneten dürften diese also nicht ausschalten, zum Beispiel durch Blitzgesetze. Wir sehen, es geht auch anders. Man muss nur wollen. Daran scheitert es bislang.

draußen!: Sie kritisieren auch eine „Verbeamtung von Parlamenten und Parteien“. Wie könnte man ein Mandat attraktiver machen für gute, kompetente Leute aus der Wissenschaft und Wirtschaft?

Herr von Arnim: Zunächst einmal widerspreche ich all jenen, die behaupten, es fänden sich keine Leute, die in die Politik wollen. Das ist schlicht falsch. Wenn es um bezahlte Mandate geht, stehen die Leute Schlange.

draußen!: Aus Ihrer Sicht aber die Falschen.

Herr von Arnim: Innerhalb der Parteien ist die Konkurrenz um die üppig bezahlten Mandate immens. Neue Leute, motivierte Quereinsteiger, die etwas bewegen wollen, haben meist keine echte Chance. Solange die Parteifunktionäre

und Etablierten von den Newcomern verlangen, dass sie das Gleiche tun, was sie tun mussten: nämlich jahrelange Ochsentouren durch die Kreisverbände, solange wird sich daran nichts ändern. Plakativ gesagt: Die Ochsentour ist die Voraussetzung für eine Parteikarriere. Im Übrigen ein weiteres Argument für ein neues Wahlrecht.

draußen!: Quereinsteiger wie Lothar Späth, Klaus von Dohnanyi, Rita Süßmuth...

Herr von Arnim: ...sind Einzelfälle! Im Übrigen musste Späth wegen der Traumschiffaffäre gehen, von Dohnanyi ist für den Hamburger Diäten- und Versorgungs-skandal mitverantwortlich. Und Süßmuth hatte die Dienstwagenaffäre am Bein. Es ist überdies Unfug, wenn Leute meinen, es kämen tüchtigere und kompetentere Leute ins Parlament, wenn man die Diäten weiter erhöhte. Beides hat nichts miteinander zu tun.

draußen!: Der Soziologe Michael Zöllner schlug vor, einem Abgeordneten 120 oder 150 Prozent dessen zu zahlen, was er im Durchschnitt der Jahre vor seiner Wahl versteuert hat. Eine kluge Idee?

Herr von Arnim: Ich hielte derlei nicht für falsch. Man müsste das allerdings nach oben und unten deckeln; schließlich wäre es unangemessen, einem Höchstverdienenden eine Diät in Höhe von beispielsweise 100 000 Euro zu zahlen. Klar ist aber auch: Eine solche Regelung wäre verfassungsrechtlich nicht zulässig; das Gericht geht von einer Einheitsdiät aus. Verfassungspolitisch dagegen kann man das durchaus diskutieren. **d**

Anzeige

STADT MÜNSTER
Presseamt

Mehr als ...
Ludgeri & Lamberti

www.muenster.de

Anzeige

„Was mich interessiert sind nicht bewegliche Körper, sondern bewegliche Gehirne. Was mich interessiert ist die Wiederherstellung der menschlichen Würde in jeder einzelnen Form.“

Dr. Moshe Feldenkrais

Feldenkrais-Praxis Vera Lämmerzahl
Maximilianstraße 15 A Tel.: 0251-796707